



Neubrandenburg

Offenes Blatt

mit PDS-Rathausreport

September 2004



Die Bewegung gegen Hartz IV ist auch in Neubrandenburg beeindruckend und einmalig. Demonstrationen in dieser Größenordnung hat unsere Stadt noch nicht oft erlebt.

Die PDS hat seit Vorlage des Hartz-Konzeptes vor zwei Jahren nicht nur die rot-grünen „Arbeitsmarktreformen“ scharf kritisiert und als einzige Partei abgelehnt, sie trägt jetzt auch an der Seite eines breiten Bündnisses in Neubrandenburg Mitverantwortung für die Fortsetzung dieser Anti-Hartz-Bewegung. Gemeinsam

werden wir unsere Donnerstagsdemos unter der Losung „Schluss mit Hartz(er) Käse“ fortführen und zwar so lange bis wir Erfolge erzielt haben.

Es ist die Enttäuschung über die Politik der Bundesregierung, was die rund 4000 Demonstranten in Neubrandenburg auf die Straße treibt. Wer erst den Osten zur Chefsache erklärt und dann mit Hartz IV kommt, muss sich über die Empörung nicht wundern. Keine Frage, der Protest muss friedlich bleiben. Die Losung von

Es hat keinen Zweck - Hartz IV muss weg!

1989 „Keine Gewalt“ muss auch 2004 zum Maßstab werden. Doch zur politischen Kultur müssen nicht nur die Demonstranten, sondern auch die Politiker beitragen. Da wird der Bundeskanzler mit Diffamierungen und Beschimpfungen seiner Verantwortung nicht gerecht.

Es ist eine Beleidigung der Wählerinnen und Wähler der PDS, wenn sie von Schröder permanent zum Rand der Gesellschaft erklärt werden. 30 Prozent, wie in Neubrandenburg, sind kein Rand. Ob es Schröder gefällt oder nicht. Ange-

sichts der aktuellen Umfragezahlen kann ich dem Bundeskanzler nur zu mehr Vorsicht bei seinen Bewertungen raten. 11 Prozent, wie sie die SPD in Sachsen derzeit erreicht, sollten wahrlich nicht Anlass sein, mit Fingern auf politische Konkurrenten zu zeigen.

Gemeinsam mit den Demonstranten wird das Aktionsbündnis in Neubrandenburg um das Ziel kämpfen „Arbeit, Brot und Menschenwürde - für alle!“

Dieter Kowalick

Zehn Argumente der PDS gegen Hartz IV

1. Die Zahl der Armen würde von jetzt 2,8 auf 4,5 Millionen steigen. ALG II und Sozialhilfe würden nicht mal die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auf geringstem Niveau ermöglichen. Familien mit Kindern wären besonders betroffen.
2. Im Gesetz sind keine Wege und Instrumente enthalten, die die notwendigen Arbeitsplätze schaffen.
3. Das Gesetz wirkt durch die Vernichtung von Massenkaukraft volkswirtschaftlich kontraproduktiv.
4. Mit der unerträglichen und gnadenlosen Verschärfung der Zumutbarkeitsbedingungen werden vorhandene Qualifikationen entwertet.
5. Die verfassungsmäßigen Rechte des einzelnen werden beschnitten: Übermaß an Repressionen; Demütigung von Wehrlosen; Elemente von Zwangsarbeit; Verlust von Vertrauensschutz (Zwang zum Verkauf der Lebensversicherung); Einschränkung des Rechts auf freie Berufswahl; Verletzung des Datenschutzes; Verletzung der Menschenwürde.
6. Das Gesetz öffnet das Tor zu weiteren Schritten in den Niedriglohn, zu Lohnsenkungen bzw. Arbeitszeitverlängerung bei gleich bleibendem Lohnniveau.
7. Die finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen sind nicht ausreichend abgesichert.
8. Die Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland wird verhindert, weil die wirtschaftliche, finanzielle und soziale Situation Ostdeutschlands weiter beschädigt wird.
9. Arbeitende, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger werden mit Repressionen belegt, während Unternehmen und Unternehmer mit dem Prinzip der Freiwilligkeit (z.B. Lehrstellen) beschenkt werden.
10. Durch dieses Gesetz wird eine neue Stufe der Existenzunsicherheit geschaffen, die weitere soziale und gesellschaftliche Destabilisierungstendenzen sowie eine Fortsetzung der ungünstigen demografischen Entwicklung in der BRD zur Folge hat.

Wer „treibt“ oder „schickt“ uns zur Demo?

Der Neubrandenburger Andreas Duchow gehörte am 19. August zu jenen, die bei der Kundgebung auf dem Marktplatz das Wort ergriffen. Eine Woche darauf erneut am Mikrofon. Wir fragten ihn, was ihn dazu bewogen hat. Hier seine Antwort: Es ist vor allem die Ignoranz der Regierenden, wie sie über die Köpfe der Menschen hinweg an Hartz IV festhalten. Und ihre Heuchelei und ihre Lügen. Zum Beispiel, dass die PDS die Menschen zu den Demos treibt. Mich treibt keine PDS, sondern mein Gewissen, und meine Erfahrungen mit bisher 55 vergeblichen Bewerbungen. Auch mein Blick auf Nachbarn, deren Kaufkraft immer geringer und deren Wut angesichts des Sozialabbaus immer größer wird, wenn es jetzt auch noch an das „Eingemachte“ geht und man sich diskriminiert fühlt. 1-Euro-Job! Das ist nicht nur Beleidigung und Erniedrigung. Das zerstört auch noch den ersten Arbeitsmarkt! Wozu Billiglöhner dienen, das habe ich selbst erlebt. Bei Demos erleben wir auch, wie manch einer sich mit harten Worten von seinem Frist befreit. Eier sollten freilich lieber gegessen werden. Schröder muss weg, heißt es auch - aber andere planen schon noch Schlimmeres! Und Möchtegern-Nachfolger können sich auch auf Widerstand gefasst machen! Sozialdemokratie an sich ist nicht das Übel, nur deren Spitze hat nichts mehr mit sozial und Demokratie im Sinn. Und was PDS betrifft, der ich nicht angehöre: Auch Schröder und sein Clement müssen sich daran gewöhnen, dass PDS für soziale Belange steht.

... WENN IHR SIE LASS `T

Harald Wandel bei seinem Auftritt während der Demo am 26.08.2004 auf dem Marktplatz Neubrandenburg



Harald Wandel

Ein starkes Land hat ungebremst ein schwächeres geschluckt-
Ganz legal – und das bedeutet: die Einheit ist vollbracht
Unter blühenden Landschaften modernder Beton-
Was da verkäuflich war, hat Schieber und die Treuhand reich gemacht.
Jetzt steht ihr auf den Arbeitsämtern hoffnungslos in Schlangen,
werdet hin und her geschubst, bis ihr euch selber haßt :

Refrain: **Sie werden alles mit euch machen, werden alles mit euch machen,
werden alles mit euch machen, wenn Ihr sie läßt!**

Jetzt hat Herr Hartz herausgefunden, du bist ein Schmarotzer,
der nur jammert obendrein- dabei- die Wirtschaft braucht dich sehr:
Es ist doch eine Menge Rabattenlaub zu harken,
Büchsen aufzusammeln, und vieles andre mehr.
Das Kapital verkrümelt sich in Billiglohngelände
Denn Ansprüche von Arbeitnehmern haßt es wie die Pest-

Refrain: **Sie werden alles mit dir machen, werden alles mit dir machen,
werden alles mit dir machen, wenn du sie läßt!**

Hast du die Lebensversicherung aufgekündigt,
das Geld abgehoben, unauffindbar deponiert?
Hast du die Briefmarkensammlung im Garten vergraben,
Das Bleikristall von Oma mit Ofenruß beschmiert-
Denn irgendwann, da klingelt ein Beamter an der Tür,
schätzt den Verkaufswert deiner Wohnwelt,
das geht schneller, als du glaubst:

Refrain: **Sie werden alles mit dir machen, werden alles mit dir machen,
werden alles mit dir machen ,wenn du's erlaubst!**

Dann wird dir klar- du hängst am Tropf-
Worauf du deine Würde gründest, sind Almosen-
deine Nöte sind längst wasserdicht gecheckt.
Was du immer in die Hand bekommst an mageren Dukaten-
Im Laufe deines Lebens nehmen sie's dir wieder weg
Bis zum Begrüßungsgeld, Junge, holen sie sich's wieder,
und am Ende deiner Tage bleibt dir nicht mal mehr ein Rest-

Refrain: **Sie werden alles mit dir machen, werden alles mit dir machen,
werden alles mit dir machen , wenn du sie läßt!**

„Hartz IV“ nicht nur Unwort

„Hartz IV“ hat alle Chancen zum „Unwort des Jahres“ gekührt zu werden. Und jede Demo bringt neue Varianten hervor, kündigt davon, dass immer mehr Menschen nicht weiter „verhartz“ werden wollen. Dem „Hartz-Infarkt“ kann und muss vorgebeugt werden. Auf der jüngsten Donnerstagsdemo in Neubrandenburg hat ver.di Sprecher Erich Welthe Hartz so buchstabiert:

H = **H**euchelei der Regierenden
A = **A**rmut auf der einen,
R = **R**eichtum auf der anderen Seite.
T = **T**ollhaus Bundestag
Z = **Z**orn der Betroffenen

Starker Beifall der Kundgebungsteilnehmer. Hartz IV ist nicht nur **U n w o r t**, sondern Untat des Jahres!

Schluss mit Hartz(er) Käse

Das „Bündnis gegen Hartz IV“ ruft
auf zur Teilnahme an den
Donnerstagsdemos
in Neubrandenburg

Treff: 18.00 Uhr am Rathaus

Marsch zur Kundgebung auf dem Markt

Aufrufer: „Bündnis gegen Hartz IV“

PDS, DGB, ver.di, IG Metall, IG BAU, NGG, GEW,
TRANSNET, GdP, IG BCE, ALV, ALI Brunn, BI
„Leben am Reitbahnweg“, dfb e.V., Fraueneinfälle
e.V., GLT, AU, Jusos u.a.

Weitermachen!

Frau Gudrun Schwulst, Fischerbänk 3, ist wahrscheinlich die einzige Neubrandenburgerin, die bisher im Fernsehen bei Sabine Christiansen auf der „Bank“ gegessen hat. Thema an jenem Sonntag „Hartz IV“. Die resolute Frau (inzwischen nach zeitweiliger ABM beim Arbeitsamt wieder arbeitslos) hat schon etliche Glückwünsche für ihr entschlossenes Auftreten erhalten.

Ihre Gedanken danach und nach den Demos, die in diesen Wochen zum Geschehen in vielen Städten gehören:

Der Kanzler hat vor einer neuen Spaltung Ost/West „gewarnt“. Dabei wird die doch von den Herrschenden betrieben. Man spürt immer wieder: „Ossis“ sind für die das letzte. Sie begreifen nicht, was hier los ist, haben abgehoben, sehen nur „Einzelfälle“. In diese Politiker kann man kein Vertrauen haben. Nicht nur, dass Clement oder Merz einem nicht die Hand geben. 16 Euro Unterschied beim Arbeitslosengeld - das ist ein deutliches Symbol. Und dann die Westbeamten, die jetzt hier „helfen“ Fragebogen auszufüllen und dafür Tausende Euro Buschzulage, Verpflegungs- und Fahrgeld erhalten. Ist das keine Spaltung?

Trotzdem. Wir merken auch: Die Demos gegen Hartz IV verfehlen nicht ihre Wirkung. Deshalb weitermachen, und dann können wir doch noch einiges bewegen! Die Regierung spürt den Wind, der ihr entgegen bläst und manche schlagen auch schon etwas andere Töne an. So hoffe ich, dass es doch noch zu Verhandlungen und zu Veränderungen kommt.

R.A.



Die Fraktion der PDS in der Stadtvertretung

Im Ergebnis der Kommunalwahlen 2004 wurden 13 Abgeordnete in die Stadtvertretung Neubrandenburg gewählt. Alle Gewählten und auch die Nachfolgekandidaten möchten sich bei Ihren Wählern für das entgegengebrachte Vertrauen nochmals bedanken. Die Fraktion hat sich konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen.

Hier eine Übersicht der Betätigungsfelder der Fraktionsmitglieder und der sachkundigen Einwohner:

Abgeordnete

Irina Parlow:

Fraktionsvorsitzende;
Mitglied im Haupt-, Stadtentwicklungs- und Kulturausschuss;
Aufsichtsrat Theater- und Orchester GmbH;

Detlev Rauch:

Stellvertretender Stadtpräsident;
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender;
Mitglied im Haupt-, Rechnungsprüfungs- und Umweltausschuss;
Aufsichtsrat Stadtwerke;

Renate Klopsch:

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende;
Mitglied im Sozialausschuss;
Stellvertreter im Hauptausschuss;

Manfred Bewersdorf:

Mitglied im Haupt- und Schul- und Sportausschuss;

Christel Holtfreter:

Mitglied im Rechnungsprüfungs- und Stadtentwicklungsausschuss;
Stellvertreter im Bauausschuss;

Herbert Doberenz:

Mitglied im Finanz- und Bauausschuss;
Stellvertreter im Haupt-, Rechnungsprüfungs- und Stadtentwicklungsausschuss;
Aufsichtsrat neuwoges;

Renate Malchow:

Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss;
Stellvertreter Finanz-, Kultur- und Schul- und Sportausschuss;

Bodo Frenzel:

Mitglied im Jugendhilfe- und Sozialausschuss;
Stellvertreter im Rechnungsprüfungsausschuss;

Cati Muth:

Vorsitzende Finanzausschuss;
Stellvertreter im Haupt- und Umweltausschuss;

Toni Jaschinski:

Mitglied Schul- und Sportausschuss;
Stellvertreter im Rechnungsprüfungs- und Jugendhilfeausschuss;
Aufsichtsrat neuwoges;

Dieter Kowalick:

Fraktionsgeschäftsführer;
Mitglied im Jugendhilfeausschuss;
Stellvertreter im Haupt-, Finanz und Schul- und Sportausschuss;
Aufsichtsrat Stadtwerke und Hinterste Mühle;

Peter Krautz:

Mitglied im Haupt- und Sozialausschuss;
Stellvertreter im Finanz- und Bauausschuss;

Harald Wandel:

Mitglied im Bauausschuss;
Stellvertreter im Kulturausschuss;

Sachkundige Einwohner

Peter Barthelt:

Stellvertreter im Stadtentwicklungsausschuss;

Hans Dally:

Stellvertreter im Bau-, Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss;

Bernd Fuhrmann:

Mitglied im Bauausschuss;

Karin Fuhrmann:

Stellvertreter im Kulturausschuss;

Uwe Kretzschmar:

Mitglied im Umweltausschuss;
Aufsichtsrat Stadtwirtschaft;

Peter Lundershausen:

Mitglied im Umweltausschuss;
Stellvertreter im Sozialausschuss;
Beirat Pflegeheim;

Anke Nehls:

Mitglied im Kulturausschuss;
Stellvertreter im Schul- und Sportausschuss;

Dieter Nehls:

Stellvertreter im Umweltausschuss;

Traudel Schiller:

Mitglied im Kulturausschuss;
Stellvertreter im Jugendhilfe- und Sozialausschuss;

Ulf Ruthenberg:

Mitglied im Schul- und Sportausschuss;
Stellvertreter im Jugendhilfeausschuss;

Bernhard Weigel:

Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss;

Dolores Brunzendorf:

Aufsichtsrat Veranstaltungszentrum;

Hannelore Weigel:

Aufsichtsrat NEUMAB-WQG

Post aus dem Rathaus

Folgenden Brief erhielt der Versammlungsleiter, Herr Dieter Kowalick, nach der ersten Demonstration am 19. August 2004:

Mit Bedauern stelle ich bei der Demonstration am 19. August 2004, dessen Versammlungsleiter Sie waren, wiederholt die Verletzung einer nach § 15 Abs. 1 des Versammlungsgesetzes für diese Veranstaltung ergangenen Auflage fest. Im Konsensgespräch wurden Ihnen Gründe für die Forderung nach dem Freihal-

ten der Rathautreppe dargelegt. Dennoch war ein Hinweis von Frau ... an Sie zur Einhaltung dieser Auflage von Nöten, Daraufhin verließen die Teilnehmer zwar die Treppe, jedoch nur für kurze Dauer.

Ich möchte Sie nochmals darauf hinweisen, dass unter Beachtung des im Artikel 3 Abs. 1 des Grundgesetzes verankerten Gleichheitsgrundsatzes die Rathautreppe für Veranstaltungen jeder Art nicht zur Verfügung steht.

Unter Bezug auf § 25 Nr. 2 des Versammlungsgesetzes stellt das Nicht-Nachkommen von Auflagen durch den Versammlungsleiter eine Straftat dar, die mit Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen bestraft wird.

In Anbetracht weiterer beabsichtigter Demonstrationen hoffe ich auf Ihre Kooperativität und Verantwortungsbewusstsein als künftiger Versammlungsleiter. Mit freundlichen Gruß
Im Auftrag

Für politische Kultur

Der Bundeskanzler beklagt sich lauthals über fehlende politische Kultur, denn Trillerpfeifen und Eier bei Demonstranten „das wollen wir nicht“. Weiß er denn auch, was wir nicht wollen? Wollen wir etwa seine leeren Versprechungen (Halbierung der Arbeitslosen-zahl), seine Schönfärberei und Lügen (Hartz IV ist keine Armuts-falle)? Gehört es etwa zur politischen Kultur, wenn Kritiker von Regierenden diffamiert werden und die PDS nur angegiftet wird? Wer entscheidet eigentlich, was politische Kultur sein darf?

Neonazis dürfen aufmarschieren, Politiker dürfen Armen in die Tasche greifen, Manager dürfen für die Arbeitenden Nullrunden und längere Arbeitszeit anordnen - ist das genehmigte politische Kultur? Allein mit Höflichkeit ist der wachsenden Entrechtung und Ausbeutung nicht beizukommen. Wenn wir das Volk sind, dann sagen wir, was die Regierenden in unserem Interesse zu tun und zu lassen haben. Anders funktioniert Demokratie nicht! Also: auf die Straße, in die Parlamente, zur Wahl - auch mit Trillerpfeifen und Eiern! Arrogante politische Unkultur haben wir gegen die Mächtigen.

Dr. Horst Parlow

Völkerhetze ist keine Straftat

Während des Naziaufmarsches am 19.10.02 dröhnte aus dem die Kolonne begleitenden Lautsprecherwagen in kurzen Abständen die Parole:

„USA - Internationale Völkermordzentrale!“

In der Stadtvertretung wurde der Oberbürgermeister zweimal gefragt, ob wegen dieser Parole Anzeige wegen Völkerhetze und Volksverhetzung erstattet wird. Im Juni 2004 erreichte uns folgender Text:

Im Zusammenhang mit der Demonstration am 19.10.2002 wurden durch die Polizei insgesamt 43 Sachverhalte registriert und Ermittlungsverfahren eingeleitet. Darunter befinden sich auch die Hinweise, die im Nachgang des Demonstrationsgeschehens durch Bürger bzw.

Presseveröffentlichungen bekannt wurden. Alle Ermittlungsverfahren wurden zeitnah unter Einbeziehung des vorhandenen Videomaterials bearbeitet und der zuständigen Staatsanwaltschaft Neubrandenburg zur abschließenden Entscheidung übergeben.

Eine juristische Bewertung der Entscheidungen obliegt nicht der Polizeibehörde.

Die von Ratsherren Dr. Bewersdorf angeführte Aussage, es sei über den Lautsprecherwagen der Demonstrationsteilnehmer „Rechts“ der Ausspruch: „USA - internationale Völkermordzentrale“ war kein Gegenstand einer gesonderten Strafanzeige. Eine Konsultation mit der Staatsanwaltschaft Neubrandenburg erbrachte überein-

stimmend, dass diesem Ausspruch keine Strafbarkeit zu Grunde liegt.

Die lückenlose Videogravierung des Demonstrationszuges „Rechts“ am 03.04.2004 in Neubrandenburg ergab in der Auswertung keine Hinweise auf strafrechtliche Relevanz. Diese Aussage betrifft sowohl die Wortbeiträge, als auch den Inhalt der abgespielten Musik.

Sonstige Straftaten gegen das Versammlungsgesetz und der allgemeinen Kriminalität sind weitestgehend abgeschlossen und an die Staatsanwaltschaft zur abschließenden Entscheidung abverfügt.

Was wäre geschehen, wenn die PDS diese Parole öffentlich gebraucht hätte?

Dr. M. Bewersdorf

Termine Termine Termine Termine ... Termine ... Termine ...

11.09.	09.00 Uhr	OdF-Ehrung	Gedenkstein am Wall
11.09.	10.00 Uhr	Öffentliche Mitgliederversammlung „Strategie der PDS“	Fritz-Reuter-Schule
13.09.	18.00 Uhr	Sitzung Stadtvorstand	PDS-Geschäftsstelle
20.09.	17.00 Uhr	Fraktionssitzung	Rathaus, Raum 84
23.09.	18.00 Uhr	Sondersitzung der Stadtvertretung Hartz IV - Auswirkungen auf die Stadt	Rathaus, Ratssaal
25.09.	10.00 Uhr	Landesparteitag	Pasewalk
02.10.		Zentrale Aktion gegen Hartz IV?	
04.10.	17.00 Uhr	Fraktionssitzung	Rathaus, Raum 084
07.10.	15.00 Uhr	Sitzung der Stadtvertretung	Rathaus, Ratssaal

Rathausreport - Impressum

Der Rathausreport erscheint nach den Sitzungen der Stadtvertretung (Auflagenhöhe 10.000)

Herausgeber:

Stadtvorstand der PDS
Tilly-Schanzen-Str. 17
17033 Neubrandenburg

Telefon:

(0395) 5 44 22 02
(0395) 5 70 81 58

e-mail-Adresse:

pds-nb@t-online.de

homepage:

www.pds-nb.de

Spendenkonto:

Neubrandenburger Bank
Kto.-Nr.: 10 999 87 29
BLZ 150 61 785

Öffnungszeiten:

PDS-Geschäftsstelle
Montag - Donnerstag
08.30 - 16.00 Uhr

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Verfassers wieder, der auch veröffentlicht ist